

Höhere Umstellungsbereitschaft auf Ökolandbau durch Kooperation von Bioland und Lidl

Prof. Dr. Ulrich Hamm, Fachgebietsleiter Agrar- und Lebensmittelmarketing der Universität Kassel, über den Absatz von Ökoverbandsware über Discounter, mögliche Wachstumsimpulse für den Ökolandbau, eine Förderung des Ökolandbaus durch die Bundesregierung und die GAP sowie den Verzicht auf den Einsatz moderner Züchtungsmethoden

Wie bewerten Sie die wesentlichen Elemente der vereinbarten Zusammenarbeit von Bioland und Lidl?

Einen solchen Vertrag hat es bislang zumindest im konventionellen Handel, dem mit großem Abstand wichtigsten Absatzweg für Ökolebensmittel, noch nicht gegeben. Nach allem, was in der Öffentlichkeit bekannt ist, gibt es nicht nur mehrjährige Abnahmegarantien, sondern auch eine Ombudsstelle für Bioland-Lieferanten, die sich von Lidl einem Preisdruck oder einer sonstigen „ungerechten“ Behandlung ausgesetzt sehen. Außerdem soll es die Vereinbarung geben, dass Biolandprodukte nicht über regelmäßige Preisaktionen „verscherbelt“ werden. Das bedeutet, dass Bioland-Landwirt*innen auch auf mittelfristige Sicht attraktive Erzeugerpreise angeboten werden, denn sie können ja ihre Produkte nach wie vor auch an andere Abnehmer im LEH, im Naturkosthandel oder über den Direktabsatz verkaufen, wenn ihnen das vorteilhafter erscheint. Dass Lidl es wirklich ernst meint mit seiner auf viele Jahre angelegten Partnerschaft mit Bioland, zeigt sich nicht zuletzt in der großen Werbekampagne, die der Discounter aufgelegt hat. Eine solche Investition rechnet sich für Lidl nicht „von heute auf morgen“.

*Nutzt die Vereinbarung den Verbraucher*innen?*

Ja, ohne Zweifel. Im deutschen Ökomarkt haben wir ja seit vielen Jahren das Problem, dass viele Lebensmittel aus dem Ausland eingeführt werden müssen, obwohl sich gerade Ökoverbraucher*innen Produkte aus Deutschland wünschen. Dieser Wunsch hat nicht nur etwas mit der meist eindeutig besseren Umweltbilanz zu tun, sondern auch mit dem geringeren Vertrauen vieler Verbraucher*innen in Ökokenntrollen im Ausland. Wenn nun Ökolebensmittel mit dem Bioland-Zeichen auch bei dem zweitgrößten deutschen Discounter angeboten werden, dann ergibt sich daraus ein größeres Sicherheitsgefühl bei den Verbraucher*innen, denn Bioland-Landwirt*innen kommen fast ausschließlich aus Deutschland. Außerdem profitieren nicht nur die Landwirt*innen, sondern auch die Verbraucher*innen von den im Vergleich zu anderen Absatzwegen niedrigeren Handelsspannen bei Discountern. Je geringer das

Entgelt ist, das der Handel für seine Leistungen beansprucht, desto höher können die Auszahlungspreise für die Landwirt*innen und desto geringer die geforderten Endverbraucherpreise sein. Allerdings gilt es hier zu beachten, dass die niedrigeren Handelsspannen von Discountern nicht nur auf hocheffizienten Logistikleistungen beruhen, sondern teilweise auch auf einer schlechten Bezahlung der im Handel und in der Logistik Beschäftigten. Und das wollen einige Verbraucher*innen – gerade kritische Ökoverbraucher*innen – nicht unterstützen.

*Bieten Kooperationen wie die von Bioland und Lidl die mittelfristigen Absatzgarantien für landwirtschaftliche Erzeuger*innen, die Sie wiederholt eingefordert haben, um Landwirt*innen Sicherheit zu geben und sie zur Umstellung zu bewegen?*

Eindeutig ja. Wenn deutsche Ökolandwirt*innen eine mittelfristige und verlässliche Absatzperspektive von einem starken Handelspartner geboten bekommen, dann kann sich das nur positiv auf die Umstellungsbereitschaft noch zögernder konventioneller Landwirt*innen auswirken. Außerdem wird eine solche Kooperation mittelfristig auch die Bereitschaft von nicht verbandsgebundenen Ökolandwirt*innen stimulieren, einem Anbauverband beizutreten.

Wird das einen Schub für den hiesigen Ökolandbau geben?

Ja, das erwarte ich. Was wir nicht vergessen dürfen ist, dass auch die Nachfrage durch das Bioland-Lidl-Engagement zusätzliche Impulse bekommen wird, so dass letztendlich der Gesamtmarkt weiter stark wachsen wird. Deutlich wird das an den Erzeugerpreisen im Ökomarkt. Während es in den letzten Jahren eine Berg- und Talfahrt der Preise für konventionelle Milch oder Schlachtschweine gab, sind die Ökoerzeugerpreise trotz vieler neu umgestellter Ökobetriebe auf einem hohen Niveau geblieben. Wenn am Ökolandbau interessierte Landwirt*innen nun eine zusätzliche, verlässliche Absatzperspektive geboten bekommen, dann dürfte das für eine steigende Umstellungsbereitschaft von Landwirt*innen auf den Ökolandbau sprechen.

Als Verlierer der Kooperation mit den Discountern sieht sich der Naturkosthandel. Was empfehlen Sie diesem?

Abgesehen von lukrativen Innenstadtlagen in Großstädten kann sich der Naturkosthandel weg vom Vollversorger hin zum Spezialitätenladen entwickeln. Schon heute macht der Naturkosthandel nur noch geringe Umsätze bei den Standardprodukten wie Milch, Butter, Kartoffeln oder Möhren, die es in jedem konventionellen Geschäft einschließlich Discountern auch zu kaufen gibt. Also sollten sich die Anstrengungen von Naturkostläden auf Öko-Intensivverbraucher*innen richten, die sich ein breites und tiefes Sortiment von Ökolebensmitteln wünschen. Außerdem sollte sich der Naturkosthandel auf die Produkte konzentrieren, die im konventionellen Handel so nicht angeboten werden, wie Frischfleisch, eine Vielfalt an Käsesorten, unterschiedliche Fruchtjoghurts oder Pizzen. Profilierungsmöglichkeiten gibt es auch mit Spezialitäten aus der Region, Produkten von alten Sorten oder Tierrassen, handwerklich hergestellten Produkten und so weiter. Da Verbraucher*innen immer bequemer werden und sich am liebsten nur einmal einen Parkplatz suchen, wenn sie ihre Wochenendkäufe erledigen, macht eine Ansiedlung von Naturkostläden direkt neben einem stark frequentierten Discounter ebenfalls Sinn.

Sie haben von der Politik gefordert, das 20 %-Flächenziel mit einer klaren zeitlichen Vorgabe zu versehen. Das haben Union und SPD in ihrem Koalitionsvertrag mit dem Jahr 2030 getan. Wie wichtig war dieser Schritt?

Na ja – das wird man erst dann beurteilen können, wenn klar ist, was die Politik konkret unternimmt, um dieses Ziel auch tatsächlich zu erreichen. In dem Zusammenhang möchte ich in Erinnerung rufen, dass das 20 %-Ziel erstmals im Jahr 2002 für 2010 von der Bundesregierung gesetzt wurde. Als die nachfolgende Bundesregierung dann feststellte, dass das Ziel nicht bis 2010 erreicht werden konnte, haben diese und alle folgenden Landwirtschaftsminister*innen einfach das 20 %-Ziel beibehalten, aber keinen Termin mehr genannt, bis zu dem das Ziel erreicht werden sollte. Wenn jetzt wieder ein Termin in ferner Zukunft genannt wird, ist das zwar ein Fortschritt, aber nur, wenn auch konkrete Maßnahmen eingeleitet werden, um dieses Ziel zu erreichen. Andere Länder mit einem 20 %-Flächenziel wie Österreich, Schweden, Finnland und Slowenien sind sehr viel weiter als Deutschland, Österreich hat es bereits übertroffen. Eine eindeutige und ambitionierte Zielsetzung ist deswegen so wichtig, weil damit ers-



Prof. Dr. Ulrich Hamm studierte Agrarökonomie, promovierte und habilitierte an der Universität Hohenheim. Er ist heute Prodekan am Fachbereich Ökologische Agrarwissenschaften der Universität Kassel, Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat für Biodiversität und Genetische Ressourcen beim Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft sowie im Bioökonomierat des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft.

tens dem gesamten Agrar- und Ernährungssektor signalisiert wird, dass die Bundesregierung deutlich mehr Ökolandbau anstrebt als heute mit einem Flächenanteil, der noch deutlich unter 10 % liegt. Zweitens kann die Ökobranche dann auch die Taten der Bundesregierung an diesem Ziel messen.

Was muss aus Ihrer Sicht folgen?

Eine Organisation, die sich ein ambitioniertes Ziel setzt, handelt vernünftigerweise so, dass ein überproportional großer Teil des Finanzbudgets in Wachstumsbereiche investiert wird. Die früheren Bundesregierungen haben aber genau das Gegenteil getan. So wird beispielsweise in der für die künftige Entwicklung der biologischen Landwirtschaft so wichtigen Forschung ein viel zu geringer Teil des Gesamtbudgets für den Ökolandbau aufgewendet. Während der Flächenanteil des Ökolandbaus 2017 bei 8,2 % gelegen hat, entfielen deutlich weniger als 5 % – genaue Statistiken hierüber gibt es leider nicht – auf die Forschung. Weitere, für die künftige Entwicklung des Ökolandbaus bedeutende Engpässe, liegen in einer kompetenten Beratung von Landwirtschaftsbetrieben und in der Ausbildung des Nachwuchses für die Ökolandwirtschaft und die Ökolebensmittelverarbeitung. Da Ausbildung, Weiterbildung und Beratung aber in unserem föderalen System in den Kompetenzbereich der Bundesländer fallen, wird hier eine Bund-Länder-Initiative benötigt.

Die Brüsseler Vorschläge für die GAP nach 2020 bieten den Mitgliedstaaten große Spielräume für die Gestaltung ihrer künftigen Förderpolitik. Wie bewerten Sie diese aus Sicht des Ökolandbaus?

Das wird zu sehr großen Ungleichheiten in der Förderung des Ökolandbaus zwischen den Mitgliedstaaten führen, je nach der Bedeutung, die ihm die Regierungen beimessen. Bei häufig wechselnden Regierungsmehrheiten kann das für Unternehmen in einzelnen Mitgliedstaaten eine geringere Planungssicherheit mit sich bringen, als wenn die EU entsprechend enge Zielkorridore für die mittel- bis langfristige Förderung des Ökolandbaus vorgibt. Planungssicherheit ist aber von großer Bedeutung für eine so langfristig nachwirkende Entscheidung wie die Umstellung des Betriebes auf eine ökologische Wirtschaftsweise. Des Weiteren können sich am EU-Binnenmarkt insbesondere in grenznahen Regionen größere Verwerfungen ergeben, wenn Ökolandwirt*innen auf der einen Seite der Grenze sehr hohe und auf der anderen Seite nur sehr geringe Flächenprämien vom Staat bekommen.

Der Ökolandbau ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich gewachsen, trotz anhaltender Kritik aus der Branche an einer unzureichenden Förderung. Ist der Markt wichtiger als die Politik oder war die Politik besser als ihr Ruf?

Die Verbraucher*innen bestimmen schon seit vielen Jahren das Wachstum des Ökomarktes, unabhängig davon, wie schnell die Politik und die Interessenverbände hinterherhinken. Aber das starke Marktwachstum hatte unerwünschte Nebenwirkungen für die deutsche Land- und Ernährungswirtschaft, die auf diesem lukrativen Markt in den letzten zehn Jahren große Marktanteile an ausländische Anbieter*innen abgegeben haben. So hat die deutsche Landwirtschaft konventionelle Produkte in Masse produziert und exportiert, während gleichzeitig immer mehr hochpreisige Ökoprodukte importiert werden mussten. Der deutsche Ökolandbau hätte insbesondere zu Beginn dieses Jahrzehnts noch sehr viel stärker wachsen können, wenn die Politik die richtigen Weichen gestellt hätte.

Die Frage einer möglichen Nutzung molekularer Züchtungstechnologien im Ökolandbau wird im Sektor unterschiedlich diskutiert. Was sagt der Wissenschaftler?

Wir haben die Chancen und Risiken der Anwendung der neuen Züchtungsmethoden wie CRISPR/Cas9 im Bioökonomierat der deutschen Bundesregierung ausgiebig diskutiert.¹ Mit den neuen Züchtungsmethoden könnte man gerade den im Ökolandbau so dringend benötigten züchterischen Fortschritt in Bezug auf Pilzkrankheiten stark beschleunigen. Das gilt beispielsweise für Kartoffeln, verschiedene Obstarten sowie Wein. Auf der anderen Seite gibt es aber auch eine ganze Reihe von Risiken und unbeantworteten Forschungsfragen, die mit einer raschen Ausbreitung von Genome Editing verbunden sind. Deshalb sollte man für jeweils unterschiedliche, risikoorientierte Genehmigungs- und Zulassungsverfahren bei Pflanzen, Nutztieren, Fischen, Insekten und Mikroorganismen eintreten. Aus Sicht des Ökolandbaus ist z. B. die Freisetzung von neu gezüchteten Pflanzen mit Herbizidtoleranz eindeutig abzulehnen, weil dies zu einer Erhöhung des chemischen Pflanzenschutzmitteleinsatzes führt und das wiederum mit unerwünschten Nebeneffekten auf die Funktionsweise natürlicher Ökosysteme verbunden ist. Aus wissenschaftlicher Sicht gibt es derzeit noch einen sehr großen Forschungsbedarf zu der Frage, wie sich die rasche Freisetzung von mittels Genome Editing gezüchteten Organismen auf die biologische Vielfalt in Agrarlandschaften auswirken wird. Entsprechende Forschung muss rasch vorangetrieben werden, bevor sich die neuen Verfahren weltweit ausbreiten. Denn das besondere Problem besteht auch darin, dass sich der Einsatz von Genome Editing im Gegensatz zu gentechnologischen Verfahren nicht eindeutig am Endprodukt nachweisen lässt.

Und was sagt der Marktkenner?

Die entscheidende Frage für die Anbieter von Ökolebensmitteln wird sein, wie Ökokäufer*innen auf die Anwendung von Genome Editing reagieren. Die meisten Verbraucher*innen sehen keinen Unterschied zwischen den neuen Züchtungsverfahren und der klassischen Gentechnologie, die Ökoverbraucher*innen bei der Lebensmittelerzeugung mit überwältigender Mehrheit ablehnen. Viel spricht derzeit dafür, dass sich der Ökosektor in Abgrenzung vom konventionellen Landbau gegen eine Anwendung der Genschere ausspricht. Wir dürfen nicht vergessen, dass das Verbot des Einsatzes gentechnologischer Verfahren im Ökolandbau in vielen Ländern wie insbesondere in den USA zu den wichtigsten Kaufgründen der Verbraucher*innen für Ökolebensmittel zählt. ■ Rainer Münch

¹ Die Stellungnahme des Bioökonomierats ist in AGRA-EUROPE 4/2019 als Sonderbeilage abgedruckt.